

Wahlstrategie 2011 - Gemeinsame Aufgaben und Ziele der Partei DIE LINKE in den Wahlkämpfen 2011

DIE LINKE hat 2011 sieben Landtagswahlen zu bestehen. Hinzu kommen diverse Kommunalwahlen. Auch in diesem Wahljahr wird es ein solidarisches Miteinander von Bundespartei und Landesparteien bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlkampagnen geben. Bei aller Unterschiedlichkeit der regionalen und lokalen Bedingungen der einzelnen Wahlkämpfe gibt es doch einen gemeinsamen Grundbestand politischer, kultureller und organisatorischer Positionen der Partei DIE LINKE, den es als roten Faden in allen Wahlkämpfen zu beachten gilt.

1. Zur politischen Situation

- 1.1. Die Wahlen 2011 finden in der Mitte der schwarz-gelben Regierungszeit statt. Die Regierung Merkel/Westerwelle ist unbeliebt wie nie. SPD/Grüne werden, trotz ihres nach wie vor vorhandenen Glaubwürdigkeitsproblems, von den Medien als die Trägerinnen der Oppositionsrolle behandelt und sind in den Umfragen (Sonntagsfrage) auf Augenhöhe mit Union/FDP. DIE LINKE liegt konstant bei 10 %.
- 1.2. Es gibt eine tiefgehende Störung im Verhältnis der Bevölkerung zum politischen System. Der Eindruck, dass die Parteien an den Problemen vorbeireden – nicht mehr wissen, wie das wirkliche Leben ist, unhaltbare Versprechungen machen und gegen die wirtschaftlich Mächtigen ohnehin nichts Entscheidendes durchsetzen können – ist weit verbreitet und als Hintergrundstimmung in den Wahlkämpfen zu berücksichtigen.
- 1.3. DIE LINKE wird weiterhin konsequent ihren Forderungen Nachdruck verleihen: Weg mit Hartz IV! In einem ersten Schritt deutliche Erhöhung der Regelsätze, für ein menschenwürdiges Existenzminimum und den gesetzlichen Mindestlohn, Stopp für die Rente erst ab 67 und für die Gesundheitsreform, Bundeswehr raus aus Afghanistan, Verteilung der Krisenkosten nach dem Verursacherprinzip: Steuergerechtigkeit, u.a. durch Einführung einer Millionärssteuer! Die Banken und die Superreichen müssen zahlen! DIE LINKE wird dabei nicht nur die Themen, sondern zuerst die Betroffenen ansprechen, auch und gerade diejenigen Menschen, die in letzter Zeit politisch resigniert haben.
- 1.4. Die sozialen Proteste im Herbst, getragen von den Gewerkschaften und Sozialverbänden sowie den sozialen Bewegungen und Bündnissen, fanden und finden die entschlossene Unterstützung unserer Partei. Über diesen Herbst hinaus geht es um die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den aktuellen Gewinnen der Wirtschaft, um Widerstand gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf Erwerbslose, Lohnabhängige und RentnerInnen, um das Verursacherprinzip bei den Krisenfolgen und um Steuergerechtigkeit statt Sozialabbau. Und es geht gegen technologische Großprojekte von Ministerien, Staatsbürokratie und großem Kapital wie „Stuttgart21“ oder die Verlängerung der AKW-Laufzeiten sowie um den Kampf gegen die Politik der Privatisierung und für die Wiedergewinnung der öffentlich organisierten Daseinsvorsorge.
- 1.5. Europaweit erleben Rechtspopulismus und Islamfeindlichkeit Aufwind – in Deutschland unter anderem in Gestalt von Thilo Sarrazin. Die linke Antwort auf diese Gefahr muss gerade im Wahlkampf lauten: Konsequente Politik für soziale Gerechtigkeit, gegen Rassismus und Ausgrenzung! DIE LINKE muss als Ursache der Krise die unsoziale und neoliberale Politik benennen und die Wut und Empörung in der Bevölkerung auf die Verursacher der Profiteure der Krise lenken. DIE LINKE steht für Solidarität statt Ausgrenzung!
- 1.6. DIE LINKE wird ihre Kernforderungen kommunikativ modern präsentieren, die Themen weiterentwickeln und konzeptionell kreativ agieren, um zum Motor für einen Politikwechsel zu werden. Ein guter Verlauf des Wahlzyklus 2011 würde bundespolitisch die anhaltende und wachsende Stärke der LINKEN unter Beweis stellen, ihre entsprechende Wirksamkeit in

diesem Rahmen erhöhen und eine gute Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf 2013 bedeuten.

2. Die Wahlen 2011

- 2.1. Die Wahlkämpfe in den kommenden Monaten finden in höchst unterschiedlichen Ausgangslagen statt. Entsprechend unterschiedlich sind die Chancen und Risiken. DIE LINKE wird ihre Chancen aus eigener Stärke nutzen und als politisch wirksame Partei in allen Wahlkämpfen erkennbar sein. DIE LINKE ist in den Parlamenten unverzichtbar als politische Stimme und verändernde Kraft – für soziale Gerechtigkeit, solidarischen Zusammenhalt, Frieden, die Rechte von ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Erwerbslose sowie SchülerInnen, Studierende und Auszubildende – und für die demokratische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger.
- 2.2. DIE LINKE bestimmt ihre Wahlziele auch 2011 aus ihrem Gründungsanspruch heraus, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung zu ändern und dafür den Weg der umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche zu beschreiten. Das bedeutet bei Wahlen die Verteidigung und den Ausbau der Stimmanteile und Mandate und die Bereitschaft zum Kompromiss mit politischen Partnern, wenn auf diese Weise konkrete Verbesserungen der Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen sind. Bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit bleiben wir den Grundlinien der eigenen Wahlprogramme treu und erkennbar als die Partei, der die Wählerinnen und Wähler am Wahltag ihre Stimme gegeben und ihr Vertrauen geschenkt haben.
- 2.3. Für Hamburg geht es im Februar 2011 um einen politischen Neuanfang. DIE LINKE hat in knapp drei Jahren in der Hamburger Bürgerschaft gezeigt, dass sie unverzichtbar für ein soziales Hamburg ist. Sie geht in die vorgezogene Wahl als eigenständige soziale Kraft. Der Wiedereinzug mit einer möglichst gestärkten Fraktion ist das Wahlziel. Es ist die erste Wahl in diesem Jahr, das setzt Zeichen.
- 2.4. In Sachsen-Anhalt kämpft DIE LINKE am 20. März 2011 um die Ablösung der CDU/SPD – Koalition durch eine von der LINKEN geführte Regierung. Es geht um einen politischen Wechsel, um einen Politikwechsel für das Land, der von der LINKEN angeführt wird.
- 2.5. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz geht es am 27. März um den Einzug in die Länderparlamente. Damit verschieben wir die politische Achse ein Stück weiter nach links: Auch in diesen Landesparlamenten gibt es dann endlich eine linke, soziale Kraft – in und aus Süddeutschland heraus wird linke Politik gestärkt. Opposition aus eigener Stärke und mit eigenem Profil ist das Ziel. Veränderung beginnt mit Opposition. Schwarz-Gelb in Baden-Württemberg gehört abgewählt
- 2.6. Bei den Bürgerschafts- und Kommunalwahlen in Bremen/Bremerhaven am 22. Mai 2011 wird es darauf ankommen, den Erfolg von 2007 zu bestätigen und auszubauen. Es wäre der erste reguläre Wiedereinzug der LINKEN in ein Landesparlament in den alten Bundesländern. Dann kann die Partei im Land nicht mehr als vorübergehende „Protestpartei“ betrachtet werden, sondern ist dauerhaft im Land auch parlamentarisch verankert.
- 2.7. Am 4. September 2011 enden für DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern und am 18. September 2011 in Berlin erneut zwei Wahlkämpfe um die Gestaltungsmacht in Regierungsverantwortung, die wie Sachsen-Anhalt für das bundespolitische Gewicht (Bundesrat) bedeutsam sind. Zugleich ginge von weiteren und einer erneuten Regierungsbeteiligung das deutliche Signal für die Bundespolitik, für 2013 aus, dass die Partei mit der Option Regieren ebenso verantwortungsvoll umzugehen vermag wie mit der Option Opponieren. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist unser Ziel, das Ergebnis auszubauen.

3. DIE LINKE

3.1. DIE LINKE hat nach ihrem Wahlerfolg 2005 und nach Abschluss ihres Gründungsprozesses im Juni 2007 wie keine andere Partei die Politik im Land verändert. Wichtige Fragen – zum Beispiel Mindestlohn, Abschaffung von Studiengebühren, Rücknahme der Rente mit 67 oder Verlängerung des ALG I für Ältere – hat sie auf die politische Agenda gesetzt. Ebenso die Friedens- und die Eigentumsfrage. Veränderung ist möglich!

Unsere Aufgabe, für die wir gewählt wurden und erneut gewählt werden wollen, ist weiterhin der politische Richtungswechsel: für die gesellschaftlich organisierte Solidarität, für die Erneuerung der Demokratie, für die Kursnahme auf sozialökologischen Umbau und für eine zivile Außenpolitik. Weiterhin gilt: Einen Politikwechsel wird es ohne DIE LINKE als politische Kraft links von SPD und Grünen nicht geben. Wir führen keine Wahlkämpfe für ein vermeintliches rotrotgrünes Lager, wir führen Wahlkämpfe für unser eigenes politisches Profil, für unsere Anliegen und Forderungen und für unsere eigene Stärke:

Beteiligung aller am wirtschaftlichen Fortschritt – Verteilungsgerechtigkeit herstellen

- gute Arbeit schaffen (gegen Leiharbeit, Befristung, Mini-Jobs)
- gesetzlichen Mindestlohn einführen
- Tariftreue stärken
- Streikrecht ausbauen

Sozialstaat statt Privatisierung – für soziale Gerechtigkeit kämpfen

- solidarisches Gemeinwesen zurückgewinnen
(Rekommunalisierung, keine Geheimverträge, finanziell handlungsfähige Gemeinden)
- Steuergerechtigkeit herstellen
(Spitzensteuersatz, Millionärssteuer, Erbschaftssteuer erhöhen bzw. einführen; Mittelstandsbauch abschaffen)
- paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen bewahren
- Bürgerinnen- und Bürgerversicherung statt Kopfpauschale
- armutsfeste Rente nicht erst ab 67 – alle Menschen mit Einkommen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze einzahlen
- Hartz IV abschaffen, sanktionsfreie Mindestsicherung einführen
- Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips im Grundgesetz und Einführung sozialer Grundrechte

Demokratie verteidigen

Das grundgesetzliche Prinzip, nach dem alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, muss immer wieder neu durchgesetzt werden. Eine Abtretung der Staatsgewalt an Konzerne und Banken, wie sie die Bundesregierung praktiziert, fordert unseren Widerstand heraus:

- Parlamente stärken, Lobbyisten zurückdrängen
- Bürgerbeteiligung ausbauen, Volksentscheide ermöglichen
- Recht auf politischen Streik durchsetzen
- Demokratie in der Wirtschaft ausbauen: Vergesellschaftung der Banken und des Energiesektors, Mitarbeiterbeteiligung und Ausbau der wirtschaftlichen Mitbestimmung in großen Unternehmen

Frieden schaffen

- Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden, keine Beteiligung an bewaffneten Interventionen
- friedliche Beilegung zwischen- und innerstaatlicher Konflikte
- zivile Hilfe für Menschen in Katastrophengebieten

Zum Profil der ganzen Partei gehören auch, die in allen Ländern energisch vertretenen Positionen, für ein demokratisches, gebührenfreies und alle Bildungsschranken niederreißen- des Bildungswesen, für eine radikale Gleichstellung, umfassende Partizipation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, für eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, gegen reine Prestigeobjekte, für umfassende Konversion, gegen Diskriminierungen jeglicher Art und viele andere mehr.

- 3.2. DIE LINKE war in den politischen Auseinandersetzungen, auch in Wahlkämpfen, erfolgreich. Sie hat sich als feste Größe im bundes- und landespolitischen Parteiensystem etabliert. Damit hat sie die Politik im Land kräftig aufgemischt. Diese Erfolge sind jetzt der Ausgangspunkt. Sie müssen bestätigt und ausgebaut werden. Das wird nur dann gelingen, wenn sich die LINKE fortan nicht mehr nur als Korrektiv der Politik der andern Parteien versteht, sondern zunehmend zum Motor des Politwechsels wird. Wer wieder DIE LINKE wählt, will gegen die herrschende Politik protestieren und mit seiner Stimme Druck machen für eine sozial gerechtere und friedlichere Politik, für eine gesellschaftliche Alternative.
- 3.3. Bundespolitische Gründe sind für unsere Wählerinnen und Wähler von großer Bedeutung. Die Partei DIE LINKE wird nicht nur wegen ihrer landespolitischen Programme und Personen, sondern auch deshalb gewählt, weil sie bundesweit erfolgreich Einfluss auf die Politik der andern Parteien genommen hat und dies auch weiterhin tun soll, Mindestlohn, Rente mit 67 und Afghanistan wären die entsprechenden Stichworte.
- 3.4. DIE LINKE führt diese Wahlkämpfe in Zeiten der Programmdebatte, in denen die innerparteiliche Diskussion um inhaltliche Schwerpunkte, Identität und Ziele der Partei ihren Höhepunkt erreichen wird. Das ist eine große Chance, das politische Profil der LINKEN attraktiv zu schärfen.
- 3.5. DIE LINKE tritt in den Wahlkämpfen als einheitliche Partei erkennbar auf. Es geht um Soziale Gerechtigkeit und Friedenspolitik, um Steuergerechtigkeit und das „Verursacherprinzip“ bei den Krisenkosten, um demokratische Erneuerung und gute öffentliche Güter und Dienstleistungen für alle statt Profite für wenige und weiterer sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Dies ist der gemeinsame programmatische Kern, der in Bund, Ländern und Kommunen in konkrete Politik übersetzt wird. Dabei ist immer klar: DIE LINKE macht Politik, um konkrete Verbesserungen zu erreichen. Und sie hat einen klaren Standpunkt – an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentner, Familien, Studierenden, Auszubildenden und SchülerInnen, kleinen und mittleren Unternehmen – ge-

gen die organisierten Interessen der Konzerne, Besitzer großer Vermögen, der privaten Banken.

- 3.6. Bei aller Unterschiedlichkeit der konkreten Bedingungen auf Landes- und Kommunalebene kämpft DIE LINKE in allen Wahlen um gemeinsame Ziele: konsequente Politik gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung, gegen den Kahlschlag im Bereich sozialer Leistungen, Rückgewinnung des Öffentlichen, längeres gemeinsames Lernen, Bürgernähe und mehr Demokratie, finanziell gut ausgestattete Kommunen, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, Integration der Migrantinnen und Migranten, regional und lokal ausgerichtete Nutzung der dezentralen, regionalwirtschaftlichen Potentiale der erneuerbaren Energie und des sozialökologischen Umbaus.
- 3.7. Es ist eine vorrangige politische Aufgabe der LINKEN, alle Formen von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung entschlossen zu bekämpfen. Im Wahlzyklus ist die entschiedene Bekämpfung rechtsextremistischer Parteien gemeinsame Aufgabe und deren Heraushalten aus den Parlamenten ein besonderes Wahlziel.

4. Die anderen Bundestagsparteien

- 4.1. Die Krise hat deutlich gemacht, dass der Finanzmarktkapitalismus die Lebensinteressen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur in der Bundesrepublik immer mehr bedroht. Mit ein paar Korrekturen ist es nicht getan. Notwendig ist der Einstieg in einen neuen gesellschaftlichen Entwicklungspfad. Bis in die Gegenwart hinein folgen die anderen Parteien neoliberalen Glaubenssätzen – und handeln entsprechend. DIE LINKE ist eine entschiedene Gegnerin jeder Form neoliberaler Politik, Projekte und „Reformen“, die in den vergangenen Jahren sowohl von SPD und Grünen als auch von CDU und FDP betrieben wurden.

CDU und FDP – Hauptgegnerinnen der LINKEN

- 4.2. Obwohl nur drei von sieben Bundesländern, in denen 2011 gewählt wird, von CDU-Ministerpräsidenten geführt werden (Hamburg, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt) und die FDP nur an einer dieser Landesregierungen beteiligt ist, wird DIE LINKE diese neoliberalen Parteien als ihre Hauptgegnerinnen im Wahljahr 2011 behandeln. Das gilt besonders für Mecklenburg-Vorpommern, wo die CDU durchaus eine Chance hat, die SPD zu überholen und damit den nächsten Regierungschef zu stellen.
- 4.3. Dabei steht im Zentrum, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die Rahmensetzungen für Landes- und Kommunalpolitik im Wesentlichen bestimmt. Sie ist für Sparpaket, Atom-, Banken- und Pharmadeals verantwortlich, die jeweiligen Landesverbände von CDU und FDP wird DIE LINKE nicht aus ihrer Mithaftung entlassen.

4.4. Bundespolitisch steht DIE LINKE seit Jahren in schärfster Opposition zu CDU und FDP, in dieser Auseinandersetzung gewinnt die Partei heute ihr Profil. Das ist für viele der Wählerinnen und Wähler der LINKEN ein wichtiger Grund, auch bei Landes- und Kommunalwahlen diese Partei zu wählen. Entsprechend werden bundespolitische Themen, die Konfrontation mit Merkel & Co., neben landespolitischen Themen die Wahlkampagnen prägen.

SPD und Grüne - die Hauptkonkurrenten der LINKEN im Parteiensystem

- 4.5. Die SPD wird in diesen Wahlkämpfen verschiedene Phasen durchlaufen, auch des Verhältnisses zu uns. Sie ist bemüht, Frieden mit sich selbst (innerparteiliche Abarbeitung der elf Regierungsjahre), mit einem über ihre aktuelle Wählerschaft hinausreichenden Teil ihrer Anhängerschaft und mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden zu schließen. Auch wenn die gewollten Veränderungen an der eigenen Regierungspolitik geringfügig, eher kosmetisch sind, ist die öffentliche Wahrnehmung doch eine andere.
- 4.6. Die SPD begreift die Wahlen 2011 als Testphase auf ihre eigene Stärke und wird frühestens danach in der Lage sein, eine politische Strategie zur Ablösung der schwarz-gelben Bundesregierung zu formulieren. Die Neuwahl in Hamburg kommt ihr äußerst gelegen, kann sie doch hoffen, mit Olaf Scholz den nächsten Regierenden Bürgermeister zu stellen. Und, nicht ganz unwichtig, einen klaren Abstand zu den Grünen zu behaupten. Zumindest bis zum Frühsommer wird die SPD gegen DIE LINKE im Westen und damit bundespolitisch einen harten „Rausdrängungswettbewerb“ führen. Gleichzeitig muss sie gegenüber den Grünen den selbstgesetzten bundespolitischen Führungsanspruch („Leitpartei“ mit Leitthemen) auch mit Blick auf 2013 behaupten.
- 4.7. Wir werfen der SPD vor, dass sie bislang nicht zu einem wirklich neuen, sozialdemokratischen Kurs zurück gefunden hat. Solange aber bewegt sie sich in der Frage der Demokratie, der Finanzmarktregulierung, der Sozialstaatsfrage, der Wirtschaftssteuerung, der Energie- und Umweltfrage wie der Außenpolitik, also der Friedensfrage, in den gegebenen Bahnen der neoliberalen Ära, die von ihnen selbst teilweise in Regierung geschaffen, auf jeden Fall von den Lobbyisten der großen Kapitale bestimmt wurden und werden.
- 4.8. Dieser Strategie der Konsolidierung nach der schweren Wahlniederlage von 2009 begegnet DIE LINKE mit einer Strategie, die ebenfalls auf die eigene Stärke und deren Ausbau setzt und die die Wahlkämpfe nicht als Teil eines rot-rot-grünen Lagers führt. Die SPD wird um die Wählerinnen und Wähler der LINKEN kämpfen. DIE LINKE kann diese Wählerinnen und Wähler auch 2011 für sich gewinnen: Mit der konsequenteren Politik gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung, mit einer besseren – d.h. gerechteren – Lösungen für Probleme der Bildung, der Kommunalfinanzen, der Regionalplanung und Migration usw. – und mit einer höheren Glaubwürdigkeit.
- 4.9. Gleichwohl: In allen diesen Wahlkämpfen wird bundespolitisch auch mitschwingen, ob denn die drei Oppositionsparteien eine gemeinsame bundespolitische Ablösungsperspektive für Schwarz-Gelb aufbauen können. Aus heutiger Sicht und mit Blick auf SPD und Grüne ist diese Option noch keine realistische. Das könnte freilich durch die Ergebnisse des Wahlzyklus in Bewegung kommen.
- 4.10. Die Grünen schweben aktuell auf Umfrage-Wolke-sieben – Sie haben, in den Augen ihrer Anhängerschaft, ein stimmiges Politikkonzept (Green New Deal) und punkten mit einem eigenen Profil. Sie haben bundespolitisch als Opposition den Schulterschluss mit der SPD gefunden und finden sich im wieder errichteten rot-grünen Lager. Allerdings werden sie von Medien, auch von der Union, als neue Oppositionsführerin behandelt. Sie sehen sich mittlerweile selbst auch in dieser Rolle. Regierten sie bislang in den Ländern mit SPD oder CDU, hatten also mehr als die rot-grüne Option, so wird seit dem Bruch in Hamburg von Schwarz wie von Grün die schwarz-grüne Option zwar nicht ausgeschlossen, aktuell aber nicht mehr als zweckmäßig betrachtet. In Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg und Rhein-

land-Pfalz werden sie um eine Regierungsbeteiligung kämpfen, die Chancen stehen für sie nicht so schlecht. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz könnten sie den Sprung in die Landtage schaffen. Überflüssig zu betonen, dass diese Partei als Gegnerin im Wahlkampf ernst zu nehmen ist.

Der Punkt für DIE LINKE dürfte dabei nicht nur die Erinnerung an die Schandtaten der rot-grünen Bundesregierung (Kriegsbeteiligung, Hartz IV usw.) und die gescheiterte Politik in Hamburg zentral sein, sondern mehr noch die auf die Zukunft gerichtete Einsicht, dass die ökologische Frage, die Wende zur energie- und ressourceneffizienten Wirtschaftspolitik, auch für linke Politik zentrale Fragen sind, aber anders als bei den Grünen, unzertrennlich mit der sozialen Frage nach Beteiligung und Gerechtigkeit verbunden bleiben. Darum stellt DIE LINKE, die mehr als einen „grünen Kapitalismus“ will, hier die Eigentumsfrage. Zudem hat die Glaubwürdigkeit der Grünen in der Atomfrage für uns schon unter grüner Regierung arg gelitten. Wichtig wird es, z.B. die Ankündigung der Baden-Württemberger Grünen, in einer Regierung Stuttgart21 umzusetzen, herauszustellen.

5. Einige Grundsätze für den Wahlzyklus

- 5.1. Der Parteivorstand hat die organisatorischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Führung der Wahlkämpfe 2011 geschaffen – das Bundeswahlbüro arbeitet, die finanziellen Grundlagen sind gesichert. Die notwendigen Entscheidungen, damit die Bundesgeschäftsstelle auch 2011 als Dienstleisterin erfolgreiche Partnerin der Landesverbände sein kann, werden zügig getroffen.

Einheitliches Erscheinungsbild

- 5.2. DIE LINKE tritt in diesen Wahlkämpfen 2011 nicht nur inhaltlich, programmatisch als eine Partei an, sondern auch kulturell und werberisch. Länderspezifische oder regionale Eigenarten sollten nicht die (Wieder-) Erkennbarkeit der Partei von Bremen bis Baden-Württemberg beeinträchtigen, die Marke DIE LINKE ist von allen wahlkämpfenden Gliederungen verantwortungsvoll zu behandeln.

Zielgruppen

- 5.3. Grundsätzlich bleiben wir dabei: Die Partei DIE LINKE war bei allen bisherigen Wahlen in der Lage Menschen in allen Regionen, aus allen sozialen Milieus, Bildungs-, Einkommens-, Berufs- und Altersgruppen erfolgreich anzusprechen. Das sollte auch die Orientierung für die Wahlen 2011 sein. DIE LINKE setzt sich für die Menschen ein, die diskriminiert, ausgegrenzt oder ausgebeutet werden, die erwerbslos und arm sind, die eine niedrige Rente erhalten oder unter entwürdigenden Bedingungen niedrig entlohnter Arbeit, Leiharbeit, billige Praktikantenjobs, Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit leisten müssen. DIE LINKE wirbt als Partei des sozialen Zusammenhalts, der sozialstaatlichen Solidarität und ihrer gerechten Finanzierung mit ihren Vorschlägen um Zustimmung in allen sozialen Schichten.

Wir setzen weiterhin darauf, dass soziale Gerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, demokratische Beteiligung und Frieden Themen sind, die die gesamte Gesellschaft betreffen und für alle Menschen erstrebenswerte Ziele sind. Auf diese gruppen- und milieuübergreifenden politischen und sozialen Orientierungen richten wir unsere Wahlkämpfe weiterhin. Der Erfolg dieser Ansprache unseres Wählerpotentials wird wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt, jeweils die richtige gruppen- und milieuspezifische Sprache der Menschen zu sprechen.

- 5.4. Es sollte auch 2011 gelingen, die Wählerinnen und Wähler anzusprechen, die die Partei stets besonders stark gewählt haben: die bedrohte Arbeitnehmerschaft, gewerkschaftlich orientiert, Menschen mit niedrigem Einkommen, Erwerbslose, Alleinerziehende und Allein-

stehende sowie alte und neue linkskulturelle Milieus. Den Frauenanteil zu erhöhen, mehr junge Wählerinnen und Wähler sowie wahlberechtigte Migrantinnen und Migranten für eine Wahl der LINKEN zu gewinnen ist eine wichtige Aufgabe im Wahlkampf.

- 5.5. Menschen wieder zur Wahl zu ermutigen ist möglich. Wer nicht wählen geht ist in der Regel unzufrieden mit „der Politik“ und hat wahrscheinlich auch das Interesse an Politik verloren. Es liegt an der LINKEN, ihre politische Praxis als eine andere, bessere, als die der andern Parteien, für die Nichtwählerinnen und Nichtwähler erfahrbar zu machen und durch Angebote das Interesse an Politik, am Mitmachen, wieder zu wecken. Die Nichtwählerinnen und Nichtwähler müssen in der LINKEN eine echte Alternative, weil glaubwürdige Partei sehen, eine Partei von Menschen, die ihre Interessen tagtäglich vertritt.

Mobilisierung: Konzentration der Kräfte und Energien

- 5.6. Die Mobilisierung der eigenen Mitglieder ist Bedingung für die Mobilisierung der eigenen Anhänger- und Wählerschaft. Die Bereitschaft der Basis zu einem engagierten Wahlkampf ist vorhanden. Es ist eine Aufgabe der gewählten politischen Führungen, aller Amts- und Mandatsträgerinnen und –träger der Partei, der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den vielen Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten optimale Bedingungen für ihr Engagement im Wahlkampf zu schaffen, sie gut geschult, mit gutem Materialien und dem nötigen Spaß an der Sache in den heißen Wahlkampf zu führen.
- 5.7. Generell gilt auch 2011: Wählerinnen und Wähler werden nicht in Wahlkämpfen gewonnen, sondern in der alltäglichen politischen Arbeit vor Ort. Und sie werden, wenn Zwist und Organisationsschwächen eine solche erfolgreiche Arbeit in Kommunen, in Vereinen und Betrieben behindert auch dort wieder verloren. Im Wahlkampf um das eigene Potential wird dieses mehr oder weniger ausgeschöpft, aber nicht erweitert.

Dramaturgie der Wahlen 2011

- 5.8. Es wird einen Wahlzyklus im Winter/Frühjahr (Februar bis Mai) und im September geben. Das hat zur Folge, dass die Wahlen im Frühjahr aufeinander aufbauen und der herbstliche Wahltag relativ unabhängig vom Ausgang der Frühjahrswahlen bestritten werden wird.
- 5.9. Der Zyklus der Winter-/Frühjahrswahlen beginnt mit Hamburg, mit der vorgezogenen Wahl, bis spätestens 20. Februar 2011. Ein solider Wiedereinzug der LINKEN wäre ein mobilisierendes Signal für die folgenden Frühjahrswahlen. Es folgt Sachsen-Anhalt am 20. März. DIE LINKE wird nach heutigen Erkenntnissen ein gutes Ergebnis zwischen der letzten Landtagswahl (24,1%) und der Bundestagswahl (32,4%) erreichen. Damit wird ein positives Signal gesetzt. Der Einzug in die Landtage von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bedeutet kräftigen Rückenwind für die Genossinnen und Genossen in Bremen, die am 22. Mai Bürgerschafts- und Kommunalwahlen zu bestreiten haben. Bremen sollte sein bisheriges Ergebnis bestätigen können. Im Ganzen kann sich DIE LINKE in diesem Zyklus qualitativ deutlich verbessern (Einzug in zwei weitere Landtage).
- 5.10. In die Herbstwahlen 2011, am 4. September in Mecklenburg-Vorpommern und am 18. September in Berlin, gehen beide Landesverbände mit der Absicht, ihre Ergebnisse verbessern zu können. In welcher Rolle sie diese Ergebnisse dann umsetzen werden, ist eine Frage nach der Wahl.
- 5.11. Hessens Kommunalwahlen am 27. März werden ebenso wie die in Niedersachsen am 11. September ein Indikator für die gewachsene kommunale Verankerung der LINKEN sein. Die Wahlen in Hessen sind zudem von Bedeutung, da sie mit einer Volksabstimmung über die Verankerung der Schuldenbremse in den Landesverfassungen verbunden sind. Hier kann DIE LINKE mit ihrer Forderung der Millionärssteuer die ganze Verlogenheit der Spar-

debatten demaskieren: denn Reiche und Vermögende zu besteuern, ist die beste Schuldenbremse! Die Wahlziele bei den Kommunalwahlen sind, bei aller Unterschiedlichkeit der Ausgangsbedingungen vor Ort, für DIE LINKE seit Jahren gleich: Es geht um die kommunalpolitische Verankerung der LINKEN in den alten Bundesländern und um eine erneuerte stabile kommunale Präsenz im Osten der Republik. Für linke Kommunalpolitik gilt auch 2011, dass es um die Gestaltung einer Kommune geht, in der allen die soziale und politische Teilhabe möglich ist.